

Hilfe. Der Rat erkennt außerdem an, dass ordnungsgemäße Verfahren ihren Lauf nehmen müssen.

Der Rat unterstreicht, dass eine alle Seiten einschließende politische Regelung und die erfolgreiche Entsendung des hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (UNAMID) für die Wiederherstellung des Friedens und der Stabilität in Darfur unerlässlich sind. Der Rat bekundet seine tiefe Besorgnis über die Verzögerungen bei der Entsendung des UNAMID. Der Rat fordert in diesem Zusammenhang die Mitgliedstaaten auf, die für den UNAMID noch benötigten Luft- und Bodentransporteinheiten dringend zur Verfügung zu stellen, und fordert alle Parteien auf, die effektive Entsendung des UNAMID zu erleichtern und zu beschleunigen.

Der Rat ersucht den Generalsekretär, im Rahmen seiner regelmäßigen Berichte über den UNAMID, die er dem Rat alle dreißig Tage vorlegt, auch über Fortschritte und Hindernisse im politischen Prozess und über die Situation am Boden Bericht zu erstatten.“

Auf seiner 5774. Sitzung am 31. Oktober 2007 behandelte der Rat den Punkt

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan

Bericht des Generalsekretärs über Sudan (S/2007/624)“.

Resolution 1784 (2007) vom 31. Oktober 2007

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf alle seine Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Sudan,

sowie unter Hinweis auf seine Resolution 1674 (2006) vom 28. April 2006 über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, in der er unter anderem die einschlägigen Bestimmungen des Ergebnisses des Weltgipfels 2005³⁶⁸ bekräftigt, die Resolution 1612 (2005) vom 26. Juli 2005 über Kinder und bewaffnete Konflikte, die Resolution 1502 (2003) vom 26. August 2003 über den Schutz von humanitärem Personal und Personal der Vereinten Nationen und die Resolution 1325 (2000) vom 31. Oktober 2000 über Frauen und Frieden und Sicherheit,

in Bekräftigung seines Bekenntnisses zur Souveränität, Einheit, Unabhängigkeit und territorialen Unversehrtheit Sudans sowie zur Sache des Friedens,

mit der nachdrücklichen Aufforderung an die Parteien, ihre ausstehenden Verpflichtungen zur Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens vom 9. Januar 2005³⁶³ zu erfüllen, und insbesondere Kenntnis nehmend von den Verzögerungen bei der vollständigen und verifizierten Umverlegung der bewaffneten Kräfte bis zum 9. Juli 2007 und nachdrücklich dazu auffordernd, diese Umverlegung durchzuführen und weitere Fortschritte bei der Markierung der Nord-Süd-Grenze und bei der Umsetzung der Regelung des Abweiskonflikts³⁶³ zu erzielen,

unter Hinweis darauf, dass sich die internationale Gemeinschaft verpflichtet hat, den Prozess des Umfassenden Friedensabkommens zu unterstützen, so auch durch Entwicklungshilfe, und mit der Aufforderung an die Geber, die Durchführung des Abkommens zu unterstützen, namentlich auch durch die Umsetzung der 2005 auf der Konferenz von Oslo gemachten Zusagen,

mit der nachdrücklichen Aufforderung an die Regierung der nationalen Einheit, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Abhaltung freier und fairer Wahlen vorzubereiten, namentlich indem sie ihren Teil der Ressourcen bereitstellt, die für die Durchführung einer landesweiten Volkszählung notwendig sind, und ferner mit der Aufforderung an die internationale Gemeinschaft, technische und materielle Hilfe für die Wahlvorbereitungen, einschließlich der landesweiten Volkszählung, zu leisten,

³⁶⁸ Siehe Resolution 60/1 der Generalversammlung.

unter Begrüßung der anhaltenden organisierten Rückkehr von Binnenvertriebenen aus Khartum nach Südkordofan und Südsudan sowie von Flüchtlingen aus den Asylländern nach Südsudan und die Förderung von Maßnahmen anregend, einschließlich der Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen und die Durchführungspartner, um sicherzustellen, dass diese Rückkehr von Dauer ist,

in Würdigung der Tätigkeit der Mission der Vereinten Nationen in Sudan in Unterstützung des Umfassenden Friedensabkommens sowie in Würdigung des fortgesetzten Engagements der truppenstellenden Länder zur Unterstützung dieser Mission,

es begrüßend, dass der Generalsekretär Herr Ashraf Jehangir Qazi zu seinem Sonderbeauftragten für Sudan und Frau Ameerah Haq zu seiner Stellvertretenden Sonderbeauftragten und Residierenden Koordinatorin der Vereinten Nationen und Humanitären Koordinatorin ernannt hat,

mit dem erneuten Ausdruck seiner Besorgnis über die der Bewegungsfreiheit des Personals und Materials der Mission auferlegten Einschränkungen und Hindernisse und die daraus resultierende Beeinträchtigung der Fähigkeit der Mission zur wirksamen Wahrnehmung ihres Mandats und der Fähigkeit der humanitären Organisationen, betroffene Personen zu erreichen, und alle Parteien auffordernd, ihren diesbezüglichen internationalen Verpflichtungen sowie den im Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen niedergelegten Verpflichtungen nachzukommen,

mit Lob für die Anstrengungen der Mission in Darfur sowie dafür, dass sie die Übernahme der Verantwortung für die Friedenssicherung in Darfur durch den hybriden Einsatz der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (UNAMID) erleichtert,

in der Erkenntnis, dass die erfolgreiche Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens für die Beilegung der Krise in Darfur und für dauerhaften Frieden und nachhaltige Stabilität in der Region unverzichtbar ist, die von allen Seiten verübten Gewalthandlungen verurteilend und dazu auffordernd, die Module der Vereinten Nationen für leichte und schwere Unterstützung für die Mission der Afrikanischen Union in Sudan rasch zu entsenden, den UNAMID in voller Stärke zu dislozieren und die Mitarbeiter humanitärer Organisationen zu schützen,

Kenntnis nehmend von dem Bericht des Generalsekretärs vom 23. Oktober 2007 über Sudan³⁶⁹, dem Bericht des Generalsekretärs vom 29. August 2007 über Kinder und bewaffnete Konflikte in Sudan³⁷⁰ und dem Bericht der im Juni 2007 durchgeführten Mission des Sicherheitsrats nach Sudan³⁷¹,

feststellend, dass die Situation in Sudan nach wie vor eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

1. *beschließt*, das Mandat der Mission der Vereinten Nationen in Sudan bis zum 30. April 2008 zu verlängern, mit der Absicht, es um weitere Zeiträume zu verlängern;

2. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat alle drei Monate über die Durchführung des Mandats der Mission, über Fortschritte bei der Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens³⁶³ und über die Achtung der Waffenruhe Bericht zu erstatten;

3. *betont*, wie wichtig die vollständige und rasche Durchführung aller Bestandteile des Umfassenden Friedensabkommens, des Abkommens von N'Djamena über eine humanitäre Waffenruhe, des Friedensabkommens für Darfur und des Friedensabkommens für Ostsudan vom 14. Oktober 2006 ist, und fordert alle Parteien auf, ihre mit diesen Abkommen eingegangenen Verpflichtungen unverzüglich zu achten;

4. *unterstreicht* die entscheidend wichtige Rolle, die der Bewertungs- und Evaluierungskommission dabei zukommt, die Durchführung des Umfassenden Friedensabkom-

³⁶⁹ S/2007/624.

³⁷⁰ S/2007/520.

³⁷¹ Siehe S/2007/421 und Corr.1.

mens zu überwachen und darüber Bericht zu erstatten, fordert eine Stärkung der Autonomie der Kommission und sieht dem Zwischenbericht und den Empfehlungen der Kommission, die diese im Januar 2008 vorlegen soll, mit Interesse entgegen;

5. *fordert alle Parteien auf*, der umfassenden und uneingeschränkten Überwachung und Verifikation durch die Mission in der Region Abyei sofort zuzustimmen, unbeschadet der endgültigen Vereinbarung über die tatsächlichen Grenzen zwischen den beiden Seiten;

6. *fordert die Mission nachdrücklich auf*, ihre Anstrengungen entsprechend ihrem Mandat zur Bewertung der Fortschritte bei der Umverlegung der bewaffneten Kräfte, insbesondere in den Gebieten Unity, Oberer Nil, Südkordofan, Abyei und Blauer Nil, fortzusetzen und ihre Fähigkeit zu stärken, den Parteien beim Abbau der Spannungen in den Gebieten potenzieller Konflikte zwischen ihnen behilflich zu sein, und fordert ferner die Parteien nachdrücklich auf, ihre Anstrengungen im Hinblick auf den Abschluss der Umverlegung der bewaffneten Kräfte sofort zu beschleunigen;

7. *fordert die Parteien auf*, Maßnahmen zum Abbau der Spannungen in der Region Abyei zu ergreifen, indem sie namentlich ihre bewaffneten Kräfte von der umstrittenen Grenze vom 1. Januar 1956 abziehen, eine Übergangsverwaltung einsetzen und sich über den Grenzverlauf einigen, und bekundet seine Unterstützung für die Anstrengungen, welche die Mission in Übereinstimmung mit ihrem Mandat und im Einklang mit dem Umfassenden Friedensabkommen unternimmt, um den Parteien bei der Überwachung der von ihnen diesbezüglich gegebenenfalls geschlossenen Vereinbarungen behilflich zu sein, namentlich durch die Entsendung von Personal der Mission in die Gebiete, aus denen Kräfte abgezogen werden;

8. *erinnert an das Mandat der Mission*, mit den bilateralen Gebern im Hinblick auf die Bildung gemeinsamer integrierter Einheiten Verbindung zu halten, ersucht die Mission, zusammen mit dem Gemeinsamen Verteidigungsrat einen Unterstützungsplan zu erarbeiten, und fordert ferner die Geber nachdrücklich auf, über die Mission Unterstützung anzubieten, um so bald wie möglich die volle Einsetzung der gemeinsamen integrierten Einheiten zu ermöglichen, und legt ferner der Mission eindringlich nahe, bei den Maßnahmen zur freiwilligen Entwaffnung sowie zur Einsammlung und Vernichtung von Waffen behilflich zu sein, die in Durchführung der Pläne im Rahmen des Umfassenden Friedensabkommens zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung unternommen werden;

9. *legt der Mission eindringlich nahe*, in Übereinstimmung mit ihrem Mandat und in Abstimmung mit den maßgeblichen Parteien ihre Unterstützung für den Nationalen Rat zur Koordinierung der Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung sowie für die Kommissionen für Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung in Nordbeziehungsweise Südsudan zu verstärken, und legt ferner den Gebern eindringlich nahe, den Hilfersuchen seitens der gemeinsamen Gruppe der Vereinten Nationen für Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung zu entsprechen;

10. *erinnert an das Mandat der Mission*, Anleitung und technische Hilfe zur Unterstützung der Vorbereitung der in dem Umfassenden Friedensabkommen vorgesehenen Wahlen und Referenden zu gewähren, und fordert die Mission nachdrücklich auf, ihre diesbezüglichen Anstrengungen fortzusetzen, indem sie insbesondere technische und logistische Unterstützung für die landesweite Volkszählung gewährt, in Abstimmung mit der Regierung der nationalen Einheit und mit den sonstigen zuständigen Stellen der Vereinten Nationen;

11. *fordert die Mission auf*, die Aussöhnung unter allen Aspekten zu unterstützen und dabei die Rolle der Frauen und der Zivilgesellschaft zu betonen und mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und anderen Organisationen zusammenzuarbeiten;

12. *fordert die Parteien des Umfassenden Friedensabkommens und des Kommuniqués*, das die Vereinten Nationen und die Regierung der nationalen Einheit am 28. März 2007 in Khartum unterzeichneten, *auf*, alle humanitären Einsätze in Sudan zu unterstützen, zu schützen und zu erleichtern;

13. *erinnert an die Rolle der Mission der Vereinten Nationen in Sudan bei der Erleichterung der Dislozierung der Module der Vereinten Nationen für leichte und schwere Unterstützung für die Mission der Afrikanischen Union in Sudan und fordert die Regierung der nationalen Einheit und alle anderen Parteien auf*, bei dieser Dislozierung und bei der Ent-

sendung aller Anteile des hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (UNAMID) uneingeschränkt zu kooperieren;

14. *fordert* die Regierung der nationalen Einheit *auf*, mit allen in ihrem Hoheitsgebiet befindlichen Einsätzen der Vereinten Nationen bei der Durchführung ihres jeweiligen Mandats uneingeschränkt zusammenzuarbeiten;

15. *ersucht* den Generalsekretär, auch weiterhin die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Null-Toleranz-Politik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch in der Mission der Vereinten Nationen in Sudan uneingeschränkt beachtet wird, und den Rat unterrichtet zu halten, und fordert die truppenstellenden Länder nachdrücklich auf, angemessene Präventivmaßnahmen, darunter ein einsatzvorbereitendes Sensibilisierungstraining, sowie sonstige Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass das an derartigen Handlungen beteiligte Personal voll zur Rechenschaft gezogen wird;

16. *ersucht* den Generalsekretär *außerdem*, in seinen nächsten Dreimonatsbericht an den Rat Folgendes aufzunehmen:

a) eine Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungspläne im Rahmen des Umfassenden Friedensabkommens und eine Aufstellung der Kernpunkte einer Strategie zur Erreichung weiterer Fortschritte, einschließlich Zielmarken, an denen diese Fortschritte gemessen werden können, sowie konkrete Angaben zur Rolle der Mission in den einzelnen Umsetzungsphasen und

b) eine Bewertung dessen, ob gegebenenfalls Änderungen am Mandat der Mission erforderlich sind, um sie besser in die Lage zu versetzen, den Parteien bei der Durchführung des Umfassenden Friedensabkommens behilflich zu sein;

17. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Auf der 5774. Sitzung einstimmig verabschiedet.

Beschlüsse

Auf seiner 5784. Sitzung am 27. November 2007 beschloss der Sicherheitsrat, den Vertreter Sudans einzuladen, ohne Stimmrecht an der Erörterung des folgenden Punktes teilzunehmen:

„Berichte des Generalsekretärs über Sudan

Bericht des Generalsekretärs über die Entsendung des hybriden Einsatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (S/2007/653).“

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Jan Eliasson, den Sondergesandten der Vereinten Nationen für Darfur, und Herrn Jean-Marie Guéhenno, den Untergeneralsekretär für Friedenssicherungseinsätze, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Auf seiner 5789. Sitzung am 5. Dezember 2007 behandelte der Rat den Punkt „Berichte des Generalsekretärs über Sudan“.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat, wie zuvor in Konsultationen vereinbart, Herrn Luis Moreno-Ocampo, den Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme einzuladen.

Mit Schreiben vom 6. Dezember 2007³⁷² unterrichtete der Präsident des Sicherheitsrats den Generalsekretär, dass sein Schreiben vom 21. November 2007³⁷³ den Ratsmitgliedern zur Kenntnis gebracht worden sei und dass sie von der darin enthaltenen Information und dem darin enthaltenen Vorschlag Kenntnis genommen hätten.

³⁷² Das Schreiben, das als Dokument S/2007/720 des Sicherheitsrats herausgegeben wurde, findet sich auf Seite 120 dieses Bandes.

³⁷³ S/2007/719.